

Sie wollen nicht mehr nur Gäste sein

Von Gerlinde Knoller

Bei Podiumsdiskussionen ist es in der Regel üblich, dass unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen. Bei der Podiumsdiskussion aber, zu der das Internationale Kulturzentrum Augsburg am Samstag ins Zeughaus eingeladen hatte, waren sich alle einig: Gefordert wurde ein „Wahlrecht für Migranten“.

Nur in den Begründungen dieser Forderung, für die es mittlerweile mehrere Kampagnen gibt, unterschieden sich die Diskutanten in Nuancen. „Es braucht das kommunale Wahlrecht für alle“, so Hüseyin Yalcin, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern (AGABY).

In der Bundesrepublik gebe es rund 6,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die seit über 15 Jahren im Land leben, aber nicht an der Entscheidungsfindung teilnehmen dürfen. Er erinnerte daran, dass diese Menschen nach ihrer Einwanderung oft ihre Gesundheit und ihr Leben in gefährlichen Jobs eingesetzt hätten. Yalcin: „Sie müssen auch mitentscheiden dürfen, wenn etwa eine Müllverbrennungsanlage vor ihrer Haustüre errichtet werden soll.“

SPD-Stadträtin Ulrike Bahr, die in Vertretung des Bundestagsabgeordneten Heinz Paula gekommen war, meinte: „Wir können es uns nicht leisten, Menschen, die hier leben, auszugrenzen.“

Ihr Stadtratskollege Reiner Erben (Bündnis 90/Die Grünen) forderte ein „gleiches Recht für alle Ausländer und keine Differenzierungen“. Er bezog sich darauf, dass nach aktueller Gesetzeslage EU-Ausländer das kommunale Wahlrecht haben, selbst wenn sie erst drei Monate da sind. Über die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer jedoch, so Erben, sei schon mehr als 15 Jahre hier.

„Die dauernde Absage ist verletzend“

Aus psychologischer Sicht argumentierte der Sozialwissenschaftler Manfred Henle. Er zeigte auf, wie verletzend es sein könne, wenn Ausländer „die dauernde Absage“ hören: „Du kannst zwar dabei sein, aber an den Beschlüssen darfst du nicht beteiligt sein.“ Henle halte es für „merkwürdig“, wenn die Politik Integration fordere, aber die Integration selber verweigere.

Als einziger Bundestagsabgeordneter gekommen war Alexander Süßmair (Die Linke) - sowohl Paula (SPD) als auch Christian Ruck (CSU) waren fürs Podium vorgesehen, aber nicht erschienen.

Süßmair bekräftigte die Position der Linken, die für ein Wahlrecht für Migranten nicht nur bei Kommunal- sondern auch bei Landtags- und Bundestagswahlen eintritt. „Jeder, der hier in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, soll wählen dürfen“, so Süßmair. Er sei die „Integrationsdebatte leid“, in der es heiße: „Haltet euch an die Spielregeln, aber mitmachen dürft ihr nicht.“

Viele sind bereits in der dritten Generation hier

„Man kann nicht mehr von Gästen sprechen“, sagte Mansur Akkaya als Vertreter der ATIF, einer der ältesten Föderationen der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland. Inzwischen lebten viele türkische Mitbürger seit über 30 Jahren hier - bereits in der dritten Generation. Er halte es für eine Form der Diskriminierung, wenn diese nicht wählen dürften. Akkaya: „Deutschland ist noch nicht so weit, dass alle Menschen gleich sind.“

02.11.2009 05:50 Uhr

Letzte Änderung: 02.11.09 - 09.00 Uhr